

Richard Gebhardt

Was ist der „Rechtsruck“?

Die neue und populistische deutsche Rechte strotzt, so scheint es beispielsweise mit Blick auf die Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD), geradezu vor Kraft. Und dennoch, so soll hier begründet werden, ist es fragwürdig, wenn in den aktuellen Analysen die Diagnose vom „Rechtsruck“ in der Bundesrepublik fast widerspruchlos übernommen wird. Ein Beispiel aus der jüngsten Literatur macht dies deutlich: Markus Metz und Georg Seeßlen schreiben in ihrem lesenswerten Buch „Der Rechtsruck. Skizzen zu einer Theorie des Wandels der politischen Kultur“ (Metz/Seeßlen 2018), dass der Prozess einer undemokratischen Rechtsentwicklung teilweise sogar unumkehrbar sei: „Die Demokratie in Europa ist in Gefahr, und sie ist in Teilen schon verloren“ (Metz/Seeßlen 2018, 14), lautet hier das alarmistische Urteil.

Aber auch wenn eine Offensive der neuen sozialen Bewegungen von rechts nicht zu übersehen ist, kommt in derartigen Befunden eine Überhöhung des politischen Gegners zum Ausdruck. Die Einschätzung etwa, dass eine „elitär-verschmockte Neue Rechte in Universitäten und Verlagen zum gewohnten Bild geworden“ sei (Metz/Seeßlen 2018, 15), übersieht etwa die vielfältige Gegenwehr gegen die Präsenz des Verlags „Antaios“ auf der Frankfurter oder Leipziger Buchmesse. Alleine dieses Beispiel zeigt: In breiten Teilen der Öffentlichkeit, in Universitäten, auf Buchmessen oder in Theatern, werden die Grenzen des Sagbaren also noch im Sinne eines antifaschistischen Grundkonsenses gezogen. Weder die AfD noch die Neue Rechte gehören hier also zum „gewohnten Bild“. Die Auftritte der Rechten sind im Gegenteil höchst umstritten – der Aufstieg des Rechtspopulismus aktiviert auch seine Gegner mit machtvollen Demonstrationen.

Was also bedeutet die Rede vom „Rechtsruck“ genau? Und welche politischen Kräfteverhältnisse werden beschrieben, wenn der Kulturkampf von rechts zur Sprache kommt? Meine Argumentation geht von einer politischen Offensive von rechts aus, die Resultat eines *backlashs* des autoritären Populismus gegen die gesellschaftspolitische (Neo-)Liberalisierung der Bundesrepublik Deutschland ist. Das Programm der alten und neuen Rechten im Umfeld der AfD ist – um den neurechten Jargon zu paraphrasieren – das Programm einer „konservativen“ Gegen-Revolution wider die kulturelle >Modernisierung< der Bundesrepublik. Und in der Analyse dieses *backlashs* muss das Verhältnis von Kultur und Ökonomie präzisiert werden. Mein Diskussionsbeitrag wendet sich gegen vielfach vorherrschende linke Lesarten und setzt sich in Teilen auch von der üblichen Kritik ab. Denn gerade der als Ursache für den Aufstieg des Rechtspopulismus vielfach verantwortlich gemachte moderne >Neoliberalismus< ist keine reine Ideologie einer *ökonomischen* Deregulierung, sondern immer auch verbunden mit einer kulturellen Aufwertung der eigenen Ich-Konzepte sowie dem Versprechen, an die Stelle der Regulierungen der alten quasi-vergildeten bzw. ständischen Strukturen eine „moderne“ Gesellschaft der Leistungsorientierung zu setzen, in der das Individuum nicht auf seine Herkunft (Klassenherkunft, Ethnie, Familie, Geschlecht etc.) reduziert wird.

Folgeschäden des Neoliberalismus?

Wie immer wir auch die Durchsetzungskraft des >Neoliberalismus< bewerten – die innerlinke Debatte über dieses Thema ist nach wie vor aktuell. Wenn Hans-Jürgen Urban beispielsweise von einer „regressiven und inszenierten Rebellion“ der „populistischen Bewegung“ gegen die „sozialen, politischen und kulturellen Folgeschäden des Neoliberalismus“ (Urban 2018, 104)

spricht, muss betont werden, dass mit den neoliberalen Forderungen nach „Diversität“ ja auch emanzipatorische Postulate einhergehen: das Individuum wird hier nicht als Teil eines festgelegten Kollektivs begriffen, sondern soll auch sein >Anders-Sein< ausleben dürfen. Kurz: Die neoliberale Ideologie ruft die Individuen als produktive Subjekte an, weil sie die vom Fordismus vernachlässigten bzw. an den Rand gedrängten Potenziale aktivieren will. Der Stamm der klassischen, ihrem Selbstbild nach weißen und männlichen Arbeiterklasse löst sich in diesem Prozess aber auf. Nicht zuletzt dieser Punkt wirkt auf die soziale Bewegung von rechts aktivierend. Denn besonders gegen diese Dimension des „progressiven Neoliberalismus“ (Nancy Fraser) richtet sich, wie noch zu zeigen ist, das Ressentiment des Rechtspopulismus – eben weil die deutsche Rechte im Zuge auch dieser Entwicklung wichtige gesellschafts- und geschichtspolitische Kämpfe verloren hat.

Der Kulturkampf von rechts kommt deshalb gerade in der Ausrufung einer „illiberalen Demokratie“ zum Ausdruck. Nicht nur in Deutschland führen die Apologeten des autoritären Populismus einen – um den ehemaligen polnischen Außenminister Witold Waszczykowski zu zitieren – Kampf gegen den „neuen Mix von Kulturen und Rassen“, gegen „eine Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen“ (zit. nach FAZ-Online, 8.1.2016). Auffällig an diesen Feindbildern ist das Fehlen einer Zuspitzung auf dem Feld der Ökonomie entlang der Parameter sozialer Ungleichheit. Stattdessen verlagert sich die Bestimmung des Gegners nach kulturellen Mustern, nach der Frage des Lebensstils wie etwa des Vegetarismus. Entworfen wird das Zerrbild eines verweichlichten und „dekadenten“ Europas.

Die Rede vom >Rechtsruck< ist vor diesem Hintergrund ungenau – denn die harten Makrodaten der Gesellschaft etwa beim Migrationshintergrund der Bevölkerung zeugen vom Scheitern rechter Konzepte. Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland, die dämonisierte multikulturelle Gesellschaft ebenfalls. Und wenn, wie hier behauptet, der Erfolg des autoritären Populismus in Deutschland nicht zuletzt Resultat eines *backlashs* wider die gesellschaftspolitische Liberalisierung und identitätspolitischen Öffnung der Bundesrepublik ist, so folgt dies einer langen Tradition. Schon Arthur Moeller van den Brucks Klage „An Liberalismus gehen die Völker zugrunde“ war das zentrale Motiv der alten und neuen Rechten seit der Weimarer Republik (zit. nach Weiß 2017, 21). Der von der Neuen Rechten begleitete Erfolg der AfD ist vor allem ein Protest gegen den politisch-kulturellen „Kontrollverlust“ im Rahmen des permanenten >Krisenregimes<. Und dieser „Kontrollverlust“ beschränkt sich nicht nur auf jene sozio-ökonomischen Umbrüche, die durch die dramatischen Prozesse der Automatisierung und Digitalisierung verursacht werden. Deshalb ist die in den Debatten über die Differenzen zwischen Identitäts- und Klassenpolitik mitunter vorgenommene Trennung von Kultur und Ökonomie ähnlich dürftig wie die alte Trennung zwischen Haupt- und Nebenwidersprüchen. Schließlich sind beide Felder – Kultur und Ökonomie – zentrale Dimensionen des Sozialen und gehören im Kontext (und nicht getrennt) analysiert. Aufgrund der Überdeterminierung der sozialen Frage durch die kulturelle Dimension verschwindet ja die Frage nach den ökonomischen Machtverhältnissen keineswegs. Die entscheidende Frage ist nur, wie und warum gegenwärtig kulturelle Fragen sozio-ökonomische Fragen überlagern.

„Die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts“

Zentral für die Debatte ist eine präzise Schärfung der Analyse der neoliberalen Tendenzen des Rechtspopulismus. Gerade die politische Linke bzw. die Gewerkschaften wollten die AfD als vor allem neoliberale Kraft entlarven. „Angetreten für Deregulierung“, buchstabierte etwa der gewerkschaftliche Infodienst „Einblick“ das Parteienkürzel AfD aus (Einblick-Online,

13.3.2016). Für eine derartige Einschätzung gibt es freilich gute Gründe: Im Grundsatzprogramm der AfD von 2016 heißt es im einschlägigen Duktus, die Partei wolle „auf breiter Front deregulieren“ (AfD 2016, 68). Zudem fordert die AfD eine „verbindliche Steuer- und Abgabenbremse“ (AfD 2016, 74), die sogar grundgesetzlich verbrieft werden soll. Mit Forderungen wie dieser soll das Klassenprivileg der Vermögenden gesichert, die öffentlichen Ausgaben jedoch langfristig eingefroren werden. Der Klassenstandpunkt des Rechtspopulismus wird so sichtbar. Allerdings kann mit Verweis auf derartige Positionen nicht erklärt werden, warum der Rechtspopulismus auch in den Reihen der Lohnabhängigen und Arbeitslosen beachtliche Erfolge verbuchen konnte. Zu lange wurde etwa übersehen, dass die AfD in ihrem Grundsatzprogramm auch einen Mindestlohn fordert. Zwar ist dieser in keiner Weise konkretisiert oder beziffert (die NPD forderte immerhin noch 8,88€, sic!), dafür wird die Funktion des Mindestlohns jedoch deutlich benannt: „Er (d.h. der Mindestlohn, Anm. RG) schützt sie auch vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck. Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu tragen wäre. Mindestlöhne verhindern somit die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten“ (AfD 2016, 36).

Forderungen wie diese finden keineswegs den Beifall des „neoliberalen Lagers“ oder der Wirtschaftsvertreter, denn auch aufgrund solcher Positionen kritisieren führende Kapitalverbände die AfD. BDI-Chef Ulrich Grillo sagte dem Berliner „Tagesspiegel“ zur Politik der AfD: „Gegen Europa, gegen die transatlantische Partnerschaft, gegen Zuwanderung zu sein – das ist Gift für uns als Exportnation“ (zit. nach Tagesspiegel.de, 1.10.2016). Innerhalb der Programmatik der AfD dient der Mindestlohn ja besonders der Abwehr der „Massenmigration“. Wer – wie gerade auf linken Veranstaltungen zu hören ist – hinter der Politik der AfD also umstandslos „Kapitalinteressen“ vermutet, verkennt einen wichtigen Gegensatz: Wenn der Daimler-Chef Dieter Zetsche auf der Internationalen Automobilausstellung (IAA) 2015 beispielsweise bemerkt, die Aufnahme von Flüchtlinge könne „im besten Fall“ eine „Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden“ (zit. nach FAZ.net, 15.9.2015), richtet sich der Rechtspopulismus gegen die interessen geleitete Schaffung einer neuen industriellen Reservearmee. Keineswegs ist er aber in diesen Fällen ein einheitlicher Fürsprecher neoliberaler Positionen.

Der „Antikapitalismus von rechts“ hat auch in den Reihen der AfD wieder Konjunktur. Notwendig ist deshalb ein Blick auf die sozialpopulistische Phraseologie eines Björn Höcke, der Sätze wie folgende formuliert: „Die *neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts* (Hervorhebung RG) ist also die Frage über die Verteilung unseres Volksvermögens nicht von Oben nach Unten, nicht von Jung nach Alt, sondern über die Frage der Verteilung unseres Volksvermögens von innen nach außen“ (zit. nach Monitor.de, 2.6.2016). Aufschlussreich ist in dem Zusammenhang, dass Höcke auf der Leipziger Konferenz der verschwörungsideologischen Zeitschrift „Compact“ diese Formulierung nochmals modifiziert hat. Dort heißt es, es handle sich heute nicht um einen „Konflikt zwischen Links und Rechts, sondern zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Oben und Unten, zwischen Establishment und Volk!“ (Höcke 2018, 48).

Höcke gibt mehrdeutige und populär-anschlussfähige Antworten auf die „neue deutsche soziale Frage“. „Einleuchtend“¹ am Rechtspopulismus ist für die Prekarisierten folglich nicht das neoliberale Arsenal im Grundsatzprogramm („auf breiter Front deregulieren“), sondern die direkte Ansprache der Interessen der – in einem ethnisch-kulturellen Sinne – deutschen Lohnabhängigen. Die Rechte kann, wie Höckes Sprache zeigt, hier eingängige Feindbilder nutzen: unter „Außen“ kann das Publikum Geflüchtete ebenso verstehen wie die transnationalen Hedge-Fonds. Höcke geißelt in seiner Leipziger Rede „die zerstörerischen Kräfte des Raubtierkapitalismus“ (ebd.) und wirft weiten Teilen der Linken vor, aufgrund ihrer migrationsfreundlichen Haltung der „sozialistische Wurmfortsatz des globalen Finanzkapitals“ zu sein (Höcke 2018, 47). Auch die Dichotomie eines „oben“ und „unten“ kann in >Volk< (im Sinne von *ethnos*) vs. >Establishment< übersetzt werden. So wird dann aber auch die Ebene der Kritik verlagert – nicht die Machtverhältnisse in den Betrieben spielen so eine Rolle; ins Visier gerät stattdessen die neue industrielle Reservearmee. Kern dieser „antikapitalistischen“ Überlegungen ist die Formierung eines klassenlosen, jedoch homogenen Volkes, das – nach Höckes Willen – seine eigenen Kollektiv-Interessen erkennen soll: „Eine bloße Bevölkerung wird den Mächtigen niemals entgegenschleudern können >Wir sind das Volk< – und genau deswegen führen die internationalen Eliten gegen die Völker einen stummen, erbarmungslosen Krieg“ (ebd.). Höcke steht für eine Modernisierung des ethnopluralistischen Programms der Neuen Rechten. Schon 2014 verwendete er im Gespräch mit Kubitschek Begriffe wie „Globalisierungstotalitarismus“, gegen die eine „Verteidigung des Eigenen“ wichtig sei (Sezession.de, 15.10.2014). Und die in Leipzig kritisierten „internationalen Eliten“ sind zentraler Teil dieser angeblich „totalitären“ Globalisierung. Aufschlussreich ist, dass sich bei Höcke die Feindbestimmung nicht nur gegen Migranten, sondern auch gegen das populäre Feindbild „Raubtierkapitalismus“ richtet. Dies folgt einer programmatischen Ausrichtung, die dem aktuellen neu-rechten Debattenstand entspricht. Benedikt Kaiser, Lektor des Verlags „Antaios“ und führend an der Programmdebatte des IfS beteiligt, hat in seinem Buch „Querfront“ diese „antikapitalistische“ Ausrichtung formuliert. Kaiser fordert eine Neue Rechte, „(...) die sich von neokonservativ-neoliberalen Vorstellungswelten absetzt, die sich also gegen die Vorherrschaft des Westens, universale Islamfeindschaft, libertäre Marktgläubigkeit und konservative Kapitalismusaffirmation stellt; eine Neue Rechte, die ein fundiertes eigenes Bild vom zeitgenössischen Imperialismus entwirft und sich geopolitisch für eine >Pluralisierung der Hegemonien< ausspricht; *eine Neue Rechte, die die soziale Frage wieder als ureigenes Sujet entdeckt* (Hervorhebung RG)“ (Kaiser 2017, 84). Bei Politikern wie Höcke, der nach eigenen Angaben sein „geistiges Manna“ aus Schnellroda bezieht, finden solche Vorgaben Anklang.

Am Beispiel Höcke zeigt sich das ambivalente Verhältnis der AfD zum Neoliberalismus, der keineswegs eine einheitliche ideenpolitische Strömung darstellt. Auch wenn Teile des Grundsatzprogramms der AfD exakt aus dieser Tradition stammen, werden gerade die gesellschaftspolitischen Konsequenzen der Liberalisierung angeklagt. Die AfD ist zugleich *für* und *gegen* den (modernen) Neoliberalismus. Konkret meint das: Teile der AfD sind *für* eine neoliberale Deregulierung von Staat und Wirtschaft, insgesamt agiert die Partei aber *gegen* eine Liberalisierung der Gesellschaft, in der – mit Marx gesprochen – „alles Ständische und Stehende verdampft“ bzw. „alles Heilige entweiht“ wird und alle „festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altherwürdigen Vorstellungen und Anschauungen (...)

¹ Nach Stuart Hall ist an einer Ideologie nicht wichtig, was »falsch«, sondern was »wahr« an ihr ist. (Hall 1989, 172ff.). »Wahr« wird hier nicht im Sinne von normativ oder sozial wünschenswert verwendet, sondern im Sinne von »einleuchtend«. Es kommt also darauf an, welche Ideologieelemente Anschluss an den vom Rechtspopulismus so oft beschworenen „gesunden Menschenverstand“ finden.

aufgelöst“ werden. Das proklamierte politische Ziel ist die Wiedereinsetzung der „feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse“ (MEW 4, 464). Wenn – wie Helmut Kellershohn ausführt – das „konservative Familienbild“ ein „grundlegendes Moment des Neoliberalismus“ (Kellershohn 2016, 19) ist und die klassische ordoliberalen Tradition nach Wilhelm Röpke einen „außerökonomischen Gemeinschaftsbezug als normativen Überbau kapitalistischer >Wettbewerbsordnung< einfordert“ (ebd.), so hat der moderne Neoliberalismus in der Nachfolge von Röpke et al auch diese Regulierungsinstanzen aufgelöst. Wer die AfD präzise verorten will, sollte sie besser in die national- bzw. ordoliberalen Traditionen einreihen. Jener weiterentwickelte Neoliberalismus aber, der gerade in den 1990er Jahren handlungswirksam und in Deutschland von der Schröder-Sozialdemokratie und den Grünen durchgesetzt wurde, propagiert heute einen normativen Überbau, gegen den sich der Kulturkampf von rechts ja gerade richtet: Diversity, Multikultur, Genderpolitik, Patchwork-Familie etc.

Kulturkampf, „Kontrollverlust“ und die narzisstische Kränkung der deutschen Rechten

Welche Rolle spielen nun aber ökonomische, welche kulturelle Ursachen? In der Debatte über die Ursachen für den Erfolg des Rechtspopulismus hält ein Paper der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) nach einer Untersuchung der Einstellungen AfD-affiner Wählerinnen und Wähler fest: „Gleichzeitig empfinden sie einen dreifachen *Kontrollverlust*: In *persönlicher* Hinsicht – mit Blick auf den technologischen Wandel und Zukunftsängste, in *politischer* Hinsicht – Politik und Institutionen werden als abgehoben empfunden und enttäuschen das Bedürfnis, gehört zu werden, und in *nationalstaatlicher* Hinsicht – der Staat kommt seiner Aufgabe nicht ausreichend nach, die eigene Bevölkerung zu schützen, wie z.B. im Fall der Aufnahme von Flüchtlingen“ (Hilmer et al 2017, 6).

Dieser Befund lässt sich zuspitzen: Wer heute nicht die – gerade vom zeitgenössischen neoliberalen Diskurs propagierten – Werte wie Kreativität, Kosmopolitismus, Leistungsbereitschaft, Flexibilität oder Unternehmergeist teilt, gerät auch auf der Ebene von Lebensstilen in eine Defensive. Der kulturelle Klassenkampf von oben ist auch hier ein Kampf um die „feinen Unterschiede“, deren politische Bedeutung Pierre Bourdieu schon 1979 analysiert hat (Bourdieu 1979/82). Hans-Jürgen Urban hat in seinen hegemonietheoretischen Überlegungen zum Verhältnis der Gewerkschaften zur Neuen Rechten bemerkt, dass die „rechtspopulistische Erzählung“ bereits „vorhandene Ressentiments“ aktiviert und „aus der latenten Demokratie- und Diversitätsablehnung eine soziale Bewegung“ formt. Seine Schlussfolgerung lautet: „Der Rechtspopulismus ist also ungeachtet seiner heterogenen sozialen Basis auch ein Projekt regressiver Rechts-Eliten. Sie bieten Orientierungen an und fangen über die Aufwertung verunsicherter Individuen zu Subjekten einer Bewegung leerlaufende Kollektivitätsidentitäts-Bedürfnisse auf“ (Urban 2018, 106).

Diese Diagnose ist stimmig. Bezeichnenderweise aber erwähnt Urban in seinem Text, der die sozio-ökonomischen Ursache für den Aufstieg des Rechtspopulismus hellsichtig analysiert, den – sowohl für den Kulturkampf der AfD als auch für die FPÖ oder die SVP so zentralen – Begriff „Islam“ oder „Islamismus“ kein einziges mal. Dabei versammelt die AfD als massenwirksamer „politischer Kampfverband gut angesehener und situierter Professoren“ (Urban) die unterschiedlichsten Sozialmilieus aus eben diesem Grund – weil sich die traditionalistischen Milieus vom Professor bis hin zum Prekariier gegen eine „Islamisierung des Abendlandes“ wenden und Veto gegen die Auflösung auch kultureller Gewissheiten einlegen. In diesem Sinne ist der Rechtspopulismus eine klassen- und ständübergreifende Bewegung von >Modernisierungsverlieren<.

Anschwellende Abgesänge

Zum Motiv des „Kontrollverlusts“ kommt aber noch ein wesentlicher Punkt, der eine Schärfung der Rede vom „Rechtsruck“ erforderlich macht. Denn so sehr auch der Neuen Rechten mit dem Wahlsieg der AfD ein neuer Resonanzraum eröffnet wird, so war jedenfalls die Gründung des IfS im Jahre 2000 kein Indiz für einen „Rechtsruck“, sondern die Reaktion auf eine gravierende Niederlage der Metapolitiker, die sich neu orientieren mussten. Und die größte Niederlage erlitt sie auf dem Feld der Geschichtspolitik – und genau deshalb ist der Tonfall von Björn Höcke („Mahnmal der Schande“) oder Alexander Gauland („Vogelschiss“) hier besonders schrill. Zur Erinnerung: 1995 planten Karlheinz Weißmann sowie der Historiker und Publizist Rainer Zitelmann eine Großveranstaltung zum vierzigsten Jahrestages des Kriegsendes, der in diesen Kreisen freilich nicht als „Tag der Befreiung“ gilt. Weißmann bilanzierte später im Gespräch mit Kubitschek: „Die Veranstaltung war ja mit einem erheblichen Aufwand geplant worden. Voran ging eine Unterschriftenkampagne unter dem Titel >Gegen das Vergessen – 8. Mai 1945<, die große Resonanz gefunden, und dann war es uns gelungen, Alfred Dregger, damals stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag als Hauptredner zu gewinnen. Aber unter dem Druck Kohls und seiner Entourage ist Dregger eingeknickt, und gleichzeitig hat Springer den Welt-Redakteuren, die zusammen mit Zitelmann an der Initiative beteiligt waren, die Daumenschrauben angelegt. Schließlich musste Manfred Brunner als Hauptverantwortlicher die Veranstaltung absagen. Alles was dann noch kam, war im Grunde nur Abgesang“ (Weißmann 2006, 63).

Schon der cursorische Blick zeigt den Grund für die „Abgesänge“: Die deutsche Rechte ist gesellschaftspolitisch in der Defensive. Eine Defensive, die durch die Einführung der „Ehe für alle“ oder die Debatten über ein „drittes Geschlecht“ noch ergänzt werden kann. Schon alleine der Anteil der sog. „Menschen mit Migrationshintergrund“ in westdeutschen Großstädten zeigt die Realität einer Einwanderungsgesellschaft, die von der deutschen Rechten in ihrer Gesamtheit nie gewünscht wurde und die sich dennoch formiert hat. Und genau dieser sozio-kulturelle Prozess ist der Stachel all jener Fraktionen, die rechts von (oder innerhalb) der Union verortet werden können.

Wir müssen uns das rechtspopulistische Milieu als Ansammlung politischer Subjekte vorstellen, die eine massive narzisstische Kränkung erlitten haben. Was immer auch gemeint ist, wenn vom „Verlust des Eigenen“ geraunt wird – faktisch heißen führende deutsche Künstler und Intellektuelle eben nicht mehr nur Grass, Böll oder auch Ernst Jünger, sondern – zum Beispiel – Feridun Zaimoglu oder Navid Kermani. Eine der international bekanntesten deutschen Schauspielerinnen ist Sibel Kekili („Game of Thrones“). Die deutsche Bevölkerung lässt sich nur mit ideologischer Gewalt als ethnisch homogenes Volk definieren.

Die Falle der ökonomistischen Verkürzung

Welche Rolle spielt nun der Kulturkampf von rechts? – Nach dem Wahlerfolg von Donald Trump oder nach der Veröffentlichung der deutschen Übersetzung von Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ (Eribon 2016) würde viel diskutiert über das Vordringen der Rechten auf das Terrain der Linken und Gewerkschaften und die Fehler einer kulturalistischen Linken, der identitätspolitische Minderheiten-Themen wichtiger sind als die sozialen Interessen der (weißen, männlichen) Arbeiterklasse.²

² Eribon selbst, der in seinen biografischen Ausführungen Stuart Hall mehrfach zitiert, wäre übrigens ein schlechter Kronzeuge *gegen* die Identitätspolitik und für die Aufwertung linker

Wer aber den empfundenen „Kontrollverlust“ hinreichend analysieren will, darf dabei weder die kulturelle Überdeterminierung der sozialen Frage absolut setzen, noch in die Fall der ökonomistischen Verkürzung tappen. Kultur und Ökonomie können nur in ihrem Wechselspiel, nicht aber losgelöst voneinander analysiert werden. In der Zeitschrift „Prokla“ heißt es hierzu richtig: „Die Fiktion eines homogenen Klassensubjekts muss folglich zugunsten einer Analyse der historisch-spezifischen Zusammensetzung sozialer Klasse(n) samt der darin implizierten Hierarchien-, Konkurrenz- und Machtverhältnisse aufgegeben werden. Zugleich muss gefragt werden, ob sich im Erfolg der Neuen Rechten nicht auch eine Reaktion auf die im Übergang zum Postfordismus partiell erfolgten Aufstiege, z.B. von hoch qualifizierten Frauen oder Migrant*innen ausdrückt, fordern diese doch die jahrhundertealte Gewissheit heraus, dass sich die Dividende weißer Männlichkeit zuverlässig auszahlt“ (Dowling et al 2017, 414).

Die alten Gewissheiten sind hinfällig. Im Feindbild „1968“ verdichtet sich eine klassenübergreifende Frontstellung, die sich gegen eine bis heute fortgesetzte >Modernisierung< (Gleichstellungsgesetze, Antidiskriminierungsgesetze, Diversity-Richtlinien etc.) richtet. Die Autorinnen und Autoren der HBS halten in diesem Kontext exemplarisch fest, dass nicht die „objektive soziale Lage die alleinige Ursache für die Wahl der AfD“ sei, „denn neben den einfachen Einkommensschichten wählen auch obere Einkommensschichten verstärkt AfD“. Zentraler Effekt für die Wahl der AfD sei, die „subjektive Wahrnehmung der eigenen Lebenslange“. Zum „Kontrollverlust“ gesellt sich das Gefühl der „Zurücksetzung“, das sich nicht zuletzt in den Bereichen der Lebensstile etc. widerspiegelt (Hilmer et al 2017, 6).

Mit den sozioökonomischen Umbrüchen sind also auch *Kulturkämpfe* verbunden – der Kampf der weißen, protestantischen und angelsächsischen *blue collar worker* um Verteidigung >ihrer< Lebensart – wie er in der jüngst abgesetzten TV-Serie Roseanne über das Leben der Arbeiterfamilie Connor gezeigt wurde – ist hier nur ein prominentes Beispiel aus den letzten Jahren. Vor diesem Hintergrund sind auch die „Paradoxien des Neoliberalismus“ (Terkessidis 2010, 34) zentral, da diese auch die Programmatik auch der Sozialdemokratie bestimmten. Wenn Tony Blair’s „New Labour“ beispielsweise mit dem Lob von „Cool Britannia“ ethnisch-kulturelle Barrieren beiseite räumen wollte, richtete sich die Partei im (neo-liberalen) Sinne gegen alte strukturelle Schließungen. Parallel zum Lob der Diversität verläuft in solchen Fällen aber auch die fortgesetzte Entfesselung eines auch gesellschaftspolitisch, in Fragen der Herkunft zudem farbenblinden Kapitalismus, der zuvor durch ethnische Schranken blockiert wurde.

Die neue Sichtbarkeit einstiger >Minoritäten< ist nicht nur ein Medienphänomen – sie ist im betrieblichen Alltag täglich erfahrbar. Gerade große Firmen haben in den letzten Jahren „Diversity“-Richtlinien entworfen, die sich nicht nur auf die Frage der Herkunft beschränken, sondern sich auch der Förderung von einstigen Minderheiten richten. „Come as you are“ lautete beispielsweise die Losung von Thyssenkrupp auf der Cologne-Pride-Paraden 2017 und 2018. „Diversity“ und klassische Kapitalverwertung funktionieren hier Hand in Hand. Und Losungen wie „Arm, aber sexy“ wirken dabei wie eine unfreiwillige Persiflage der oben

Klassenpolitik, wenn er z.B. schreibt: „(...) warum sollten wir zwischen verschiedenen Kämpfen gegen verschiedene Formen der Unterdrückung wählen müssen? Wenn das, was wir sind, sich an der Schnittstelle mehrerer kollektiver Bestimmtheiten und also mehrerer >Identitäten< und Subjektivierungsweisen abspielt, warum sollten wir dann eher die eine als die andere in den Brennpunkt des politischen Interesses stellen?“ (Eribon 2016, 235).

beschriebenen >neoliberalen< Individualitätspolitik, die wenig Sinn für die Fragen sozialer Sicherheit hat. Auch in diesem Fall spricht die AfD für die Verlierer der politischen Entwicklung, wenn Alexander Gauland im Gespräch mit der „Zeit“ exemplarisch vermerkt: „Also, ich habe mit Homosexualität kein Problem, ich habe allerdings ein Problem damit, dass mir vorgeschrieben werden soll, wie ich mich künftig zu verhalten habe, etwa gegenüber Transsexuellen“ (Gauland 2016).

Fazit

Rechtspopulismus speist sich, so sollte in diesem Diskussionsbeitrag gezeigt werden, nicht nur aus der Kritik des Euro, der „Rettungspakete“ oder den „Verwerfungen“ des Sozialstaats. Selbst „der“ Islam ist nur ein – wenn auch zentrales – Feindbild unter mehreren. An Gaulands Zitat zeigt sich der Kulturkampf des autoritären Populismus gegen die >progressive< (Neo-)Liberalisierung der Bundesrepublik. Die neoliberale Aufwertung der minoritären Identitätspolitik hat ironischerweise eine „Identitäre Bewegung“ von rechts hervorgerufen, die gegen das Lob der hybrid-partikularen Identitäten revoltiert. Gauland sucht Zuflucht bei einem kulturellen Identitätspopulismus. Aus seinen Worten spricht der kulturelle „Kontrollverlust“ desjenigen, der das alte deutsche >Eigene< nicht mehr wiedererkennt und sich zudem sprachpolitischen Reglementierungen unterworfen sieht, die mit der neoliberalen Aufwertung des (abweichenden) Subjekts einhergehen. Und aufgrund der >politisch korrekten< Sprachpolitik fühlen sich Gauland und seine Epigonen als Zensurpfer, die einen Freiheitskampf gegen eine liberale Berliner Republik führen, die ihnen im wahrsten Sinne des Wortes zu „bunt“ geworden ist. Die kulturkämpferische Revolte des autoritären Populismus in Deutschland ist also zentral eine Revolte gegen die progressiven Aspekte des Neoliberalismus. Die Neue Rechte, die Einfluss auf das Programm des autoritär-populistischen AfD nimmt, startet nach Jahren in der Defensive einen neuen Vorstoß. Die „Flüchtlingskrise“ war hierfür ein Katalysator. Und das Vordringen einer „sozialpatriotischen“ AfD auf das Feld der Linken und Gewerkschaften zeigt die neuen Herausforderungen. Wer aber aktuell von >Rechtsruck< spricht, sollte nicht übersehen, dass die deutsche Rechte – bzw. der traditionalistische Block – jahrelang in der Defensive agiert hat.

Literatur:

- AfD – Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. (Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.4./1.5.2016)
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main (frz. Ausgabe 1979)
- Dowling, Emma; van Dyck, Silke; Graefe, Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs. Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. In: Prokla, Ausgabe 188, S.411-420
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin
- Gauland, Alexander (2016): „Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen“. In: Die Zeit, Ausgabe 17/2016
- Hall, Stuart (1989): Der Thatcherismus und die Theoretiker. In: ders.: Ideologie, Kultur und Rassismus. Ausgewählte Schriften 1, Hamburg/Berlin (West) 1989, S. 172-206.
- Hilmer, Richard; Kohlrausch, Bettina; Müller-Hilmer, Rita; Gagné, Jérémie (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Working paper der Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung, Nummer 44 (Juli 2017), www.hbs.de

Höcke, Björn (2018): Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus. In: Compact, Ausgabe 1/2018, S.46-48

Kaiser, Benedikt (2017): Querfront. Schnellroda

Kastrup, Wolfgang (2016): Facetten des Neoliberalismus. In: ders., Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Münster, S.39-66

Kellershohn, Helmut (2017): Kampf um die Intelligenz. Anmerkungen zum neurechten Magazin CATO. In: Diss-Journal, Ausgabe 34 (2017), S.2-5

Kellershohn, Helmut (2016): Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis. Das ideologische Grundgerüst des AfD-Grundsatzprogramms. In: ders, Kastrup, Wolfgang (Hrsg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Münster, S.14-28

Metz, Markus; Seeßlen, Georg (2018): Der Rechtsruck. Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels. Berlin

Terkessidis, Mark (2009): Interkultur. Berlin

Urban, Hans-Jürgen (2018): Kampf um die Hegemonie. Gewerkschaften und Neue Rechte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Ausgabe 3/2018, S.103-112

Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart

Weißmann, Karlheinz (2006). Unsere Zeit kommt. Karlheinz Weißmann im Gespräch mit Götz Kubitschek. Schnellroda

Weißmann, Karlheinz (2001): Kriminelle Akte, Interview in: Junge Freiheit, 36/2001, S.6